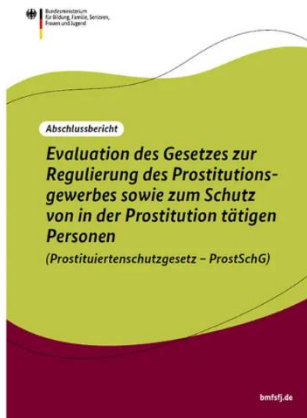


Peinliche Panne für Prien und Politiker:innen?

Pressefoto für falsche Studie zum Thema Prostitution wirft Fragen auf



Köln/Berlin, 27. Juni 2025 - Am Dienstag hat das Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend (BMFSFJ) den lang erwarteten Evaluationsbericht zum „Prostituiertenschutzgesetz“ (ProstSchG) dem deutschen Bundestag übergeben. Am selben Tag inszenierten Gegner:innen von Sexarbeit einen Fototermin. Sie übergaben eine Veröffentlichung des „Deutschen Instituts für angewandte Kriminalitätsanalyse“, das erklärte Gegner:innen der Sexarbeit versammelt.

Die Evaluation des ProstSchG wurde von der Fachwelt mit Spannung erwartet. Durchgeführt hat die Studie, die mit Nebengutachten nahezu eintausend Seiten umfasst, das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN). Das Gesetz, das seit 2017 in Kraft ist, gilt als umstritten. Den Gegner:innen der Prostitution ist es zu wenig restriktiv, während der Berufsverband der Sexarbeitenden (BesD) es ebenso ablehnt wie viele Wissenschaftler:innen.

GSSG-Stifterin Harriet Langanke wundert sich angesichts des Foto-Termins: „Statt die Evaluation des Gesetzes – immerhin aus dem Zuständigkeitsbereich des BMFSFJ – öffentlichkeitswirksam entgegenzunehmen, posierten Bundesfamilienministerin Karin Prien und weitere Politiker:innen mit fundamentalistischen Gegner:innen von Prostitution im Deutschen Bundestag. Warum?“ Ob ein Irrtum oder eine Instrumentalisierung zu dem Termin geführt haben, müsse geklärt werden. „In jedem Fall sollte den Beteiligten klar sein, vor welchen Karren sie sich spannen lassen.“

Langanke forscht als Sexualwissenschaftlerin seit über zwanzig Jahren zum Thema Sexarbeit und lehnt Kriminalisierungskonzepte wie in Schweden rundweg ab. Sie sagt: „Wissenschaftlich belastbare Studien zeigen es unmissverständlich: Verbote schaden, beispielsweise der Gesundheit. Um Missstände zu beheben, gibt es bessere Wege.“ Mit ihrer Stiftung setzt sie sich daher für Aufklärung, Hilfsangebote und Rechtssicherheit ein.

Kritik an dem Foto-Termin kommt auch von der Historikerin und Prostitutionsforscherin Sonja Dolinsek. Sie wandte sich gestern mit einem offenen Brief an das Ministerium. Darin kommentiert sie unter anderem: „Die Diskrepanz zwischen der wissenschaftlichen Fundierung der KFN-Evaluation und der öffentlichen Inszenierung einer konträren Position durch das Ministerium erweckt den Eindruck, dass politische Agenden über wissenschaftliche Fakten gestellt werden.“

Die Evaluation des KFN soll Anfang September bei einer Fachtagung diskutiert werden. Auch die GSSG und die Deutsche STI-Gesellschaft werden sich bei ihren Tagungen mit der Evaluation befassen. „Wir vertrauen auf die Wissenschaft und wollen die Rechte von Menschen in der Sexarbeit stärken“, betont Langanke.

Weitere Informationen:

Daten statt Dogmen:

Fachtagungen:

Evaluation:

harriet.langanke@stiftung-gssg.org

<https://www.stiftung-gssg.org/daten-statt-dogmen/>

[DSTIG special](#): Forschung zu Sexarbeit und Forschung zu STI

[Gutachten zum ProstSchG](#)